



# JUNG+LIBERAL

Das Mitgliedermagazin der Jungen Liberalen

A U S S  
E N P O  
L I T I K





# THINKING FUTURE

**59. Bundeskongress  
12 bis 13. Oktober 2019  
Oldenburg**





4-5

### Chinas Umgang mit Minderheiten

Chinas Entwicklung der letzten Jahre ist rasant. Auf dem Weg zur Weltmacht werden aber nicht alle mitgenommen. Über Chinas Umgang mit Minderheiten liest Du in Siris Artikel.



12-13

### Außenpolitik als liberale Kernkompetenz

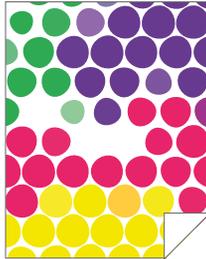
Die Außenpolitik der Bundesrepublik erscheint oft konzeptlos. Warum die Außenpolitik gerade für uns Liberale ein essentielles Themenfeld ist, erfährst Du im Artikel.



18-20

### Protests in Russia

In Russland wird wieder protestiert. Welche Auswirkungen die Proteste haben und wie die zukünftige Politik Russlands aussehen könnte, erzählt Euch Damiën Storimans von unserer Partnerorganisation D66 aus den Niederlanden.



22-23

### Internationale Seite - Vorstellung des IntKoms

Das neue Internationale Komitee der Jungen Liberalen stellt sich vor. Wer alles dabei ist und welche Themenfelder behandelt werden, erfährst Du auf unserer Internationalen Seite.

- 2 Kurz und Knapp
- 4 Chinas Umgang mit Minderheiten
- 6 Die EU und die Türkei *Passt das noch zusammen?*
- 8 Wohin entwickelt sich der Iran?
- 10 Deutschland *Europäische Führungsmacht wider Willen?*
- 12 Außenpolitik als liberale Kernkompetenz
- 16 The EU-Mercosur Deal
- 18 Protests in Russia
- 20 The Tiananmen Massacre
- 22 Das neue Internationale Komitee
- 23 Impressum

## EDITORIAL

# Liebe JuLis,

die politische „Sommerpause“ neigt sich dem Ende zu. So auch das Warten auf eine neue Ausgabe unseres Mitgliedermagazins. Das neue Magazin widmet sich der Außenpolitik: Ein Themenbereich, welcher in unserem Magazin tatsächlich noch nie diskutiert wurde.

Naher und Mittlerer Osten, die Türkei, Russland - um nur einige wenige Regionen zu nennen, die außenpolitisch von hoher Relevanz sind. Trotzdem ist die Bundesrepublik außenpolitisch blass wie nie. Dabei werden wir außenpolitisch in den nächsten Jahren vor entscheidenden Fragen stehen. Um ein Beispiel zu nennen: Die Volksrepublik China entwickelt sich seit Jahren rasant - und hat damit Millionen von Menschen aus der Armut geholfen. Der staatsgelenkte Kapitalismus gepaart mit Elementen wie dem ‚social scoring‘ steht in seiner Konzeption vollkommen konträr zu unserer liberalen Demokratie. Nichts weniger als ein Gegenmodell zu der westlichen Trias aus Demokratie, Rechtsstaatlichkeit und Menschenrechten ist der Anspruch des chinesischen Systems. Und das Modell soll ein Exportschlager werden: Zwar werben die Chinesen auf der weltpolitischen Bühne nicht so aggressiv wie einst die Sowjetunion für ihr politisches System; durch geschickte Geoökonomie wird das eigene System aber bereits in andere Teile der Welt getragen.

Und was tut die Bundesrepublik? Momentan befindet sie sich wohl eher im außenpolitischen Dornröschenschlaf als das sie handlungsfähig auf der großen Bühne agiert. Dabei bräuchte es gerade in diesen Zeiten eine starke außenpolitische Stimme von deutscher und auch europäischer Seite.

Warum Außenpolitik eine liberale Kernkompetenz ist, wo Europa außenpolitisch in der Welt steht und vieles mehr liest Du in diesem Magazin!



Eure Beiträge haben mir wie immer große Freude bereitet!

**Eure Anna**

Für Kritik, Fragen und Feedback erreicht ihr mich jederzeit unter [neumann@julis.de](mailto:neumann@julis.de)

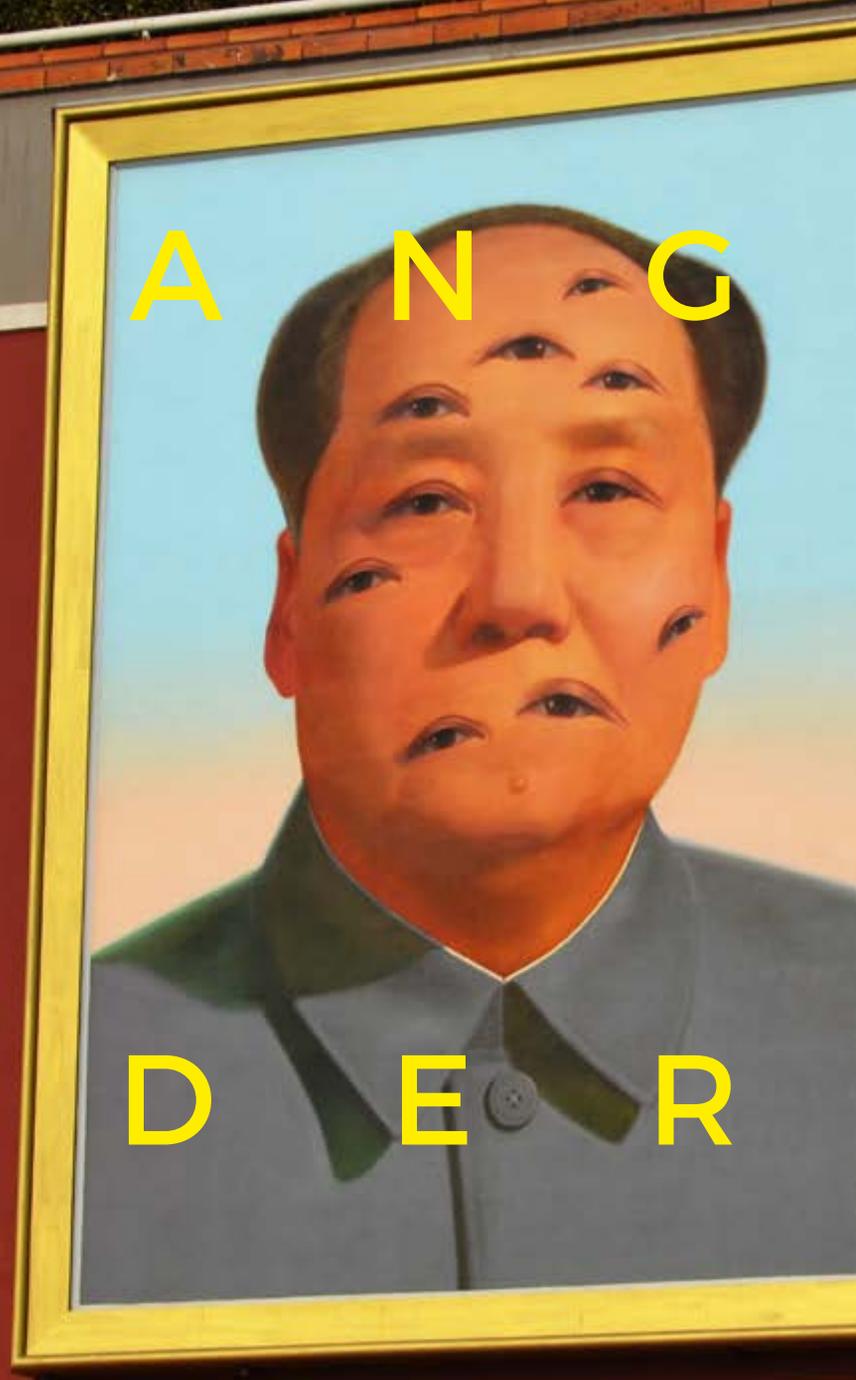
C H I N A S

U M G A N G

M I T

M I N D E R

H E I T E N





hina ist innerhalb kürzester Zeit von einem brüchigen Entwicklungsland zu einer internationalen Handelsmacht herangewachsen. Schon lange kann Deutschland mit der starken Wirtschaftspolitik der Chinesen nicht mehr mithalten. Doch neben all den wirtschaftlichen Erfolgen der Volksrepublik, sprechen nur die wenigsten über den von der Regierung veranlassten Genozid muslimischer Minderheiten.

#### 1984? 2019!

Man stelle sich ein Stadtviertel vor, an dessen Türen der Häuser und Geschäfte Polizeisiegel kleben. Wohnen tut dort schon lange keiner mehr. Ein Bewohner nach dem anderen wurde von Soldaten abgeholt und weggebracht. Wohin? Das weiß niemand so genau. In den Nachbarstädten munkelt man, dass sie in Lager gebracht wurden. Man muss es flüstern, um nicht von den Polizeiwachen gehört werden, die in den Straßen patrouillieren. Bloß keinen Grund für die eigene Verhaftung geben! Die Checkpoints durchquerend, halten Frauen und Männer den Kopf gesenkt. Um den scharfen Augen der Überwachungskameras zu entgehen, hebt man ihn erst wieder, wenn man zu Hause angekommen ist. Man tut es aus Gewohnheit, denn jeder weiß, dass jeglicher Versuch, dem Staat zu entkommen, zwecklos ist.

Was wie der Anfang eines dystopischen Science-Fiction Romans klingt, ist Alltag in Xinjiang. Das ehemalige Turkistan ist seit 1955 ein autonomes Gebiet im Westen Chinas. Die größte Bevölkerungsgruppe bilden mit rund acht Millionen Einwohnern, die turksprachigen Uiguren, die sich aufgrund ihres mongolischen Aussehens und ihrer muslimischen Lebensweise von den Han-Chinesen unterscheiden. Um über das Gebiet die Kontrolle zu behalten, wurden als Teil der von der chinesischen Regierung geplanten Sinisierung, Han-Chinesen

in Xinjiang angesiedelt. Dies führte zu einer tiefen Spaltung der Gesellschaft, dessen Gräben sich immer weiter vertieften. Die Uiguren ertrugen lange die unaufhörlich zunehmende Diskriminierung. Bis die Hinrichtung von 30 des Separatismus Verdächtigten während des Ramadans eine Großdemonstration im Februar 1997 auslöste, nicht ahnend, dass sie mit ihrem Aufstand, ihr eigenes Schicksal besiegeln würden.

#### DER ANFANG VOM ENDE

Als in den 2000er Jahren der globale „Krieg gegen den Terror“ begann, nutzte die chinesische Regierung die allgegenwärtige Angst vor Anschlägen aus und betitelte jegliche Unruhen als islamistische Terrorakte, um eine repressive Aufstandsbekämpfungspolitik in Xinjiang zu legitimieren. Dazu gehörte auch der Bau sogenannter „Umerziehungslager“, die offiziell als „Bildungszentren der Partei“ bezeichnet werden. So ist ein Junge, der vom ARD interviewt wurde, überzeugt, dass sein Vater dort zur Schule geht, um die Nationalsprache zu lernen. Tatsächlich stimmt es, dass die Insassen dort Mandarin lernen – nur werden sie dazu gezwungen, damit sie aufhören ihre eigene Sprache zu sprechen. Sein Vater hört wie alle Internierten Vorträge über die Gefahren des Islams und muss der Kommunistischen Partei Chinas Treue schwören. Wer sich weigert die Nationalhymne zu singen, wird bestraft. Eine Frau, die aus einem der Lager freigelassen wurde, berichtet, dass jeder Gefangene einmal in der Woche eine Spritze bekommt, die nicht nur willenlos macht, sondern auch dazu führt, dass Frauen ihre Periode nicht mehr bekommen. Wird man gefragt, wer man ist, muss mit „ich bin Chinese“ oder „ich bin ein Bürger, der Disziplin und Gesetz achtet“ geantwortet werden. Ihre Identitäten sollen ausradiert oder anhand von Folter und Hinrichtungen für immer ausgelöscht werden. Allein im Westen Xinjiangs sind 100 Lager bekannt. Laut Angaben des NGOs Human Rights Watch und der UN, sollen bis zu eine Millionen Menschen dort willkürlich festgehalten und politisch und kulturell indoktriniert werden.

#### BIG BROTHER XXL

Die Hoffnung auf Freiheit und Sicherheit sind Luftschlösser, von denen die Uiguren träumen, während sie gezwungen sind, in einem Freiluftgefängnis zu leben. Nach größeren Ausbreitungen im Jahr 2009, verstärkte Peking

den Sicherheitsapparat und verwandelte das Gebiet, das viereinhalb Mal so groß ist wie Deutschland, in einen riesigen Polizeistaat. Überall wurden Kameras installiert, die mit dem besten Gesichtserkennungssystem versehen sind. Selbst in Taxis und vor öffentlichen Toiletten entgeht man ihnen nicht. Spezielle Polizeibrillen und Roboter sind mit Sensoren ausgestattet, um einzelne Personen in dichten Menschenmengen zu identifizieren und mit einer Datenbank abgleichen können. Eine junge Uigurin, die die Flucht nach Deutschland geschafft hat, berichtete darüber, wie man ihr Haus und Handy durchsuchte. Sie wurde gezwungen Schweinefleisch zu essen und mit ihrer Familie auf Mandarin zu sprechen. Sie hat erlebt wie Familienmitglieder und Bekannte mitgenommen worden sind – entweder in eines der Lager oder direkt in den Tod. Das Tragen eines Bartes oder eines Kopftuches reichen als Verhaftungsgrund. Weitere Vergehen sind zum Beispiel die Unkenntnis der chinesischen Nationalhymne, der Versuch auszureisen oder das Fragen nach dem Verbleib vermisster Angehöriger.

#### „ICH GLAUBE WIR BRAUCHEN EINE PAUSE.“

„Aus dem Stadium der Bequemlichkeit aufwachen und die Beobachtungsposition verlassen“, fordert Christian Lindner bezüglich der momentanen Lage der Wirtschaftspolitik der Bundesrepublik. Das gilt aber auch in Sachen Außenpolitik und internationale Beziehungen. Donald Trump verkündete mögliche Sanktionen gegen hochrangige chinesische Beamte und Unternehmen, die im Zusammenhang mit Vorwürfen von Menschenrechtsverletzungen stehen. Die deutsche Bundesregierung erwägt derweil keine vergleichbaren Bestrebungen – zu eng sind die Handelsbeziehungen und zu wichtig der Erhalt der Partnerschaft. 2018 diskutierte der Bundestag über Chinas Vergehen in Xinjiang. Dessen Botschaft schrieb empört einen Brief und warf der Bundesregierung die „Einmischung in innere Angelegenheiten“ vor. Doch in jeder guten Beziehung sollte auch in der Partnerschaft zweier Länder Kritik am Gegenüber möglich sein.



**SIRI LEITZGEN** (18) studiert „Religion, Politics and Society“ am King's College London und ist stellv. Leiterin des LAKs „Gelungene Integration“ in NRW. Du erreichst sie unter [siri.leitzgen@web.de](mailto:siri.leitzgen@web.de)



D

I

E

T Ü R K E I

K E I

U N D

D

E U R

O P A

Passt das noch zusammen?

Am 16. April 2017 änderte sich alles. An dem Tag stimmten 51,4 Prozent der Türken für das Verfassungsreferendum. Das ergab die Auszählung der türkischen Wahlkommission. Die Türkei wandelte sich von einem parlamentarischen Regierungssystem in ein Präsidialsystem. Die Ämter des Staats- und Regierungschefs vereinigen sich fortan in einer Person – Recep Tayyip Erdogan. Das Parlament und die Justiz haben an Einfluss verloren. Eine funktionierende Gewaltenteilung existiert nicht mehr.

#### VORGESCHICHTE

Oder war es nicht vielmehr der Korruptionsskandal 2013, in den zahlreiche Politiker der AKP verwickelt waren? Die Ermittler warfen dem Staat vor, iranisches Erdöl zu kaufen und es mit Gold zu bezahlen, um die Sanktionen gegen den Iran im elektronischen Zahlungsverkehr zu umgehen. Erdogan behauptete, der Skandal sei eine Verschwörung gegen

ihn: Noch während der Ermittlungen wurden hunderte Polizisten versetzt. Es war ein Vorgeschmack auf die „Säuberungswelle“ nach dem Putschversuch 2016. Das Prinzip bleibt unverändert: Erdogan erschafft Feindbilder, um grundlegende demokratische Freiheiten einzuschränken. Währenddessen beruft er sich auf die Rechtsstaatlichkeit.

Oder wendete sich das Blatt nicht früher? Als Polizisten die Gezi-Proteste im Sommer 2013 niederschlugen. Einige Menschen starben, über 8000 Menschen wurden verletzt. Wann drehte die Türkei der Demokratie endgültig den Rücken zu?

Der genaue Zeitpunkt lässt sich nicht bestimmen. Feststeht: Die Türkei befindet sich auf einem Kurs, der sie moralisch und politisch gesehen immer weiter von der EU und von Deutschland entfernt. Erdogan wird das Steuer nicht mehr herumreißen.

Viel wichtiger ist die Frage: Wie sollte Deutschland auf diese Entwicklung reagieren? Kann Deutschland verhindern, dass sich beide Länder immer weiter entfremden? Und sollte es das überhaupt? Wie weit darf Diplomatie gehen?

## **GRUNDFREIHEITEN SIND NICHT VERHANDELBAR**

Erstens: Die Grenzen der Diplomatie sind erreicht, wenn ein Staat Journalisten, Anwälte und andere unschuldige Menschen einsperrt, die ihre Meinung frei äußern. Wenn sich diese Menschen Gerichtsprozessen stellen müssen, bei denen rechtsstaatliche Grundsätze wie das Prinzip der Waffengleichheit nur noch die leere Schale ihres Kerngehalts sind. Die Grenzen sind überschritten in einem Land, wo Journalisten um ihre Freiheit fürchten müssen, weil sie einen Artikel wie diesen hier verfassen.

Die Grenzen sind erreicht, wenn ein Staat Minderheiten unterdrückt. Für Erdogan gibt es nur zwei Möglichkeiten: Entweder, die Kurden passen sich der türkischen Assimilationspolitik widerstandslos an. Oder er bekämpft sie, die größte ethnische Minderheit seines Landes. Erdogan will keine Gleichberechtigung in der Türkei – er fordert bedingungslosen Gehorsam.

## **UNTERGRABEN VON DEMOKRATISCHEN PRINZIPIEN**

Zweitens: Die Grenzen sind erreicht, wenn ein Präsident Bürgermeisterwahlen annullieren lässt, weil der Kandidat seiner Partei nicht gewählt wurde.

Die Grenzen sind erreicht, wenn ein Staat den Zusammenhalt der NATO gefährdet. Dieses multilaterale Bündnis ist nach eigenen Angaben offen „für jeden europäischen Staat, der in der Lage ist, zur Sicherheit des nordatlantischen Gebiets beizutragen.“ Aber die Türkei, Mitglied der NATO seit 1952, kauft lieber S 400-Raketenabwehrsysteme von Putin. Abwehrsysteme, die womöglich ausspähen können, welche Fähigkeiten die Kampfflugzeuge des amerikanischen Bündnispartners besitzen. Erdogan holt sich russische Technik ins Land, die die Sicherheit seines eigenen Bündnisses gefährdet. Die Amerikaner entschieden richtig, als sie die Türkei daraufhin aus dem F-35-Kampfflugzeug-Programm warfen. Durch sein Verhalten zündete Erdogan eine Bombe, die ein Loch schlug in das wichtigste westliche Militärbündnis.

## **UND JETZT?**

Fünftes: Die Grenzen sind erreicht, wenn... Diese Liste könnte lang werden. Viele Punkte überschreiten die Grenzen der Rechtsstaatlichkeit und widersprechen dem deutschen Verständnis der Menschenwürde: Den Menschen als Zweck an sich zu betrachten. Doch keiner dieser Punkte erreicht die Grenzen der Diplomatie.

Diplomatie bedeutet, außenpolitische Interessen im Ausland wahrzunehmen. Und Deutschland hat solche Interessen: Zurzeit ist die Türkei Mitglied bei der NATO, den Vereinten Nationen und der Welthandelsorganisation und somit ein wichtiger internationaler Bündnispartner. Die westlichen Staaten haben ein großes Interesse daran, dass sich die Türkei nicht noch mehr Russland zuwendet. Dies kann nur durch einen kontinuierlichen Austausch geschehen. Und eine fest in westlichen Bündnissen verankerte Türkei könnte etwas Stabilität in die Unruhe des Nahen Ostens bringen.

Deutschland und die Türkei sind wichtige Handelspartner: In der Türkei gibt es zahlreiche deutsche Unternehmen oder türkische Unternehmen mit deutscher Kapitalbeteiligung. VW überlegt sogar, einen neuen Standort in der Türkei zu errichten. Ungefähr 500.000 Angestellte arbeiten in Deutschland für türkischstämmige Unternehmen. Für den deutschen Absatz in der Türkei sind gute Beziehungen zwischen Ankara und Berlin bares Geld wert.

Auch wenn die Türkei abhängiger von Deutschland ist als umgekehrt: Deutschland hat ein politisches und wirtschaftliches In-

teresse daran, die Beziehungen aufrechtzuerhalten. Selbst wenn das deutsch-türkische Verhältnis momentan nur auf kleiner Flamme lodert: Es darf nicht in Eis erstarren. Zu eng verwoben sind die beiden Länder. Nicht nur politisch verwoben, sondern durch die in Deutschland lebenden Türken oder türkischstämmigen Deutschen auch gesellschaftlich und kulturell vernetzt.

## **EIN AUSSENPOLITISCHES KONZEPT FÜR DIE TÜRKIE**

Der Austausch muss weitgehen. In jedem Fall trägt Deutschland als Rechtsstaat eine moralische Verantwortung gegenüber all jenen, denen zurzeit in der Türkei Unrecht widerfährt. Auch wenn Deutschland nicht verhindern kann, dass Erdogan die Türkei in eine Autokratie verwandelt, setzt es damit ein Zeichen: Wir geben die Türkei nicht auf. Sie hat Besseres verdient, als das Schicksal, das ihr gerade widerfährt. Deutschland muss sich zu Menschenrechtsverletzungen klar positionieren.

Für den deutschen Staat ist es dabei nicht einfach, sein außenpolitisches Gleichgewicht gegenüber der Türkei zu finden. Insbesondere ein, womöglich baldiger, endgültiger Abbruch der Beitrittsverhandlungen zwischen der EU und der Türkei würde das deutsch-türkische Verhältnis belasten. Aber es ist so eindeutig wie noch nie: Die Türkei gehört nicht in die EU. Nicht in ihrem jetzigen Zustand. Eine Wiederaufnahme der Beitrittsverhandlungen wäre vollkommen illusorisch.

Die Schaukel der deutschen Außenpolitik auszubalancieren, ist schwieriger als je zuvor. Und gerade deshalb gilt: Deutsche Diplomatie, rechtsstaatliche Verantwortung und die Türkei: Ja, das passt zusammen!



**JOHANNA VON CRIEGERN** (22), studiert Rechtswissenschaft an der Universität Hamburg. Du erreichst sie unter [johanna@voncriegern.de](mailto:johanna@voncriegern.de)



**„Warum triffst Du Dich mit einer Diktatorin?“ – So oder so ähnlich lasen sich mehrere der vielen Kommentare unter einem von mir im letzten Jahr auf Facebook veröffentlichten Bild. Zu sehen war neben mir die ehemalige persische Kaiserin Farah Pahlavi (Farah Diba), die einen Bekannten und mich zum Tee in ihrer Pariser Wohnung empfangen hatte.**

Im Text zum geposteten Bild bezeichnete ich sie als „eine unglaublich beeindruckende Frau.“ Ich fuhr fort: „Die seit 1979 im Exil lebende Witwe des persischen Schahs ist, wie mein aus dem Iran stammender Vater und viele andere, dieser Tage sehr besorgt um das iranische Volk. Den mutigen Menschen, die gegen das repressive und unfreiheitliche Regime der Mullahs aufstehen, gilt meine Solidarität.“ Eine „Autokratin“ eine „beeindruckende Frau“ nennen? Für manche, teils enge Freunde war das unverständlich.

Zur Wahrheit gehört sicherlich, dass der Iran unter der Herrschaft des Schahs weder ein Eldorado an Freiheitsrechten, noch eine Vorzeigedemokratie war. Wahr ist aber auch, dass die Verhältnisse sich mit der Revolution 1979 alles andere als besserten.

### **DER FALL CHOMEINI**

In den Siebziger Jahren kam es im Iran aufgrund wirtschaftlicher Probleme zu Unruhen und Protesten. Zuvor war der Geistliche Ruhol-

ah Chomeini (Khomeini) ins Exil geschickt worden. Als die islamische Revolution ausbrach, kehrte Chomeini schließlich mit Unterstützung der USA aus seinem Exil in die iranische Hauptstadt Teheran zurück, um dort eine – später verbotene – Ansprache zu halten. Mein Vater, der 1978 das Land verlassen hatte, erzählte mir, man dürfe Aufnahmen dieser Rede, in der Chomeini von demokratischen Reformen und nicht von einem autokratischen Gottesstaat, den der Iran heute darstellt, sprach, nicht einmal besitzen. Es drohten sonst empfindliche Gefängnisstrafen.

Alle Hoffnungen, die in den angeblichen Heilsbringer Chomeini gelegt worden sind, wurden jedoch jäh enttäuscht. Innerhalb von zehn Tagen wurde der Iran zum Gottesstaat umgebaut, islamische Gesetze wurden erlassen und Hinrichtungen von verbliebenen Schah-Unterstützern veranlasst. Wer konnte, floh.

So hatte es auch die Familie des Schahs gehalten und begab sich auf eine für den ehemaligen an Krebs erkrankten Machthaber beschwerliche Odyssee. Über Ägypten, die Bahamas und Mexiko erreichte Pahlavi im Oktober 1979 schließlich New York, um sich dort stationär behandeln zu lassen. Dies führte im Iran wiederum zur Erstürmung der US-amerikanischen Botschaft durch Studierende und zur Geiselnahme von Botschaftsangehörigen. In Folge dessen musste Pahlavi die Vereinigten Staaten schließlich verlassen, lebte daraufhin

noch eine Zeit lang mit seiner Familie in Panama und kehrte anschließend nach Ägypten zurück, wo er schließlich 1980 starb. Er wurde in der Moschee beigesetzt, in der auch der vorletzte ägyptische König seine letzte Ruhe fand. Noch heute besucht seine Witwe unregelmäßig das Grab ihres verstorbenen Mannes.

### **DAS POLITISCHE SYSTEM DES IRANS**

Schaut man sich heute die „Rechte und Freiheiten“ der Bürgerinnen und Bürger des Iran an, so stellt man fest: Ja, die Verfassung des Iran weist demokratische Elemente auf.

So wird alle vier Jahre ein Parlament gewählt, in dem es für jede anerkannte religiöse Minderheit (auch für das Judentum) mindestens einen Sitz gibt. Alle acht Jahre wird der so genannte Expertenrat gewählt, der aus 86 gewählten Geistlichen besteht und das Staatsoberhaupt bzw. den „Revolutionsführer“ (der Titel stammt von dem bereits erwähnten Chomeini, der durch die Revolution an die Macht kam) auf Lebenszeit ernannt. Alle vier Jahre wird außerdem die Direktwahl des Regierungschefs durch alle Menschen vollzogen, die mindestens 18 Jahre alt sind. Eine Wiederwahl ist nur einmal möglich. Eine Kanzlerschaft von fast 15 Jahren? Im Iran undenkbar.

Nun kommt allerdings das große „aber“. Nicht jeder, der sich auch für geeignet hält, darf bei der Wahl des Regierungschefs antreten. Der so genannte Wächterrat dient als Kontrollor-



gan für die Konformität mit islamischem Recht (Scharia) und besteht aus 12 Mitgliedern, die je zur Hälfte vom Parlament und vom Staatsoberhaupt ernannt werden. Der Wächterrat prüft im Vorfeld einer Präsidentschaftswahl, welche Kandidaten überhaupt konform genug sind, um antreten zu dürfen. So ist sichergestellt, dass die jeweiligen Kandidaten sich höchstens graduell in ihrer Radikalität, nicht aber in ihrer Sicht auf das Regime der geistlichen Führer (der Mullahs) unterscheiden. Oberbefehlshaber der Armee ist beispielsweise ohnehin der auf Lebenszeit ernannte geistliche Führer.

Durch dieses System wird sichergestellt, dass nur verfassungs- und systemkonforme Kandidaten bei der Wahl des Staats- und Regierungschefs antreten können und ein Systemwechsel auf demokratischem Weg nicht denkbar ist. Welche Rolle kann also eine Verschärfung des Konfliktes mit den USA bei einer möglichen Demokratisierung oder gar eines Regime Change spielen? Aktuell, so scheint es, ergeben sich zumindest teilweise eher gegenteilige Effekte.

**W**ährend vor allem die urbane Jugend eher westlich orientiert ist und sich nichts sehnlicher wünscht als mehr Freiheiten, so kommuniziere ich etwa mit einem Großcousin über Instagram und er schaut mit Freude meine Instagram-Stories, stellen sich

nun Teile der Bevölkerung und manch ein Exil-Iraner hinter die Führung, die sie eigentlich verachten. Der Anti-Amerikanismus (und leider auch der Antisemitismus) sitzen tief.

**D**abei wäre ein demokratischer Wandel mehr als notwendig für die Menschen im Land. So ist etwa Versammlungsfreiheit nur im Einklang mit den „fundamentalen Prinzipien des Islam“ gewährleistet. Regierungskritische Demonstrationen führen also zwangsläufig zu Inhaftierungen oder gar Toten. Gewerkschaften dürfen nicht gegründet werden, die Justiz ist nicht unabhängig und Homosexuelle werden regelmäßig hingerichtet oder zum Teil von Polizisten missbraucht, die sexuelle Dienste für ihr Schweigen erhalten wollen. Frauen stehen ebenfalls schlecht da. So wird die Aussage einer Frau nur halb so stark gewichtet wie die eines Mannes, sie werden beim Erbe benachteiligt und sie haben sich strengen Kleidungsvorschriften zu unterwerfen.

Im vergangenen Jahr kam es im Rahmen von Protesten auch dazu, dass mutige Frauen sich ihres Kopftuches entledigten, es an einen Stock banden und in die Höhe hielten, um ein Zeichen gegen ihre Unterdrückung zu setzen. Auch darüber sprach ich mit der ehemaligen Kaiserin. Sie selbst hatte nie Kopftuch getragen und tat es auch an diesem Tag nicht. Sie fühlte sich solidarisch mit den Frauen und war sichtlich bewegt.

**A**uf die Frage hin, ob denn heute noch eine Rückkehr zum System, in dem ihre Familie an der Macht war, zeitgemäß wäre, zeigte sich Farah Diba offen und selbstkritisch. Sicherlich habe man Fehler gemacht. Denkbar sei für sie auch eine konstitutionelle Monarchie. Ihr Sohn, der in den USA lebt, stünde jedenfalls bereit, im Iran Verantwortung zu übernehmen.

Eine parlamentarische Demokratie, wie sie sich bei uns bewährt hat oder doch eine konstitutionelle Monarchie nach dem Vorbild Großbritanniens (wie sie Teile der sehr heterogenen Gruppe der Exil-Iraner bevorzugen würde) – ein iranischer Staat, der seinen Bürgern großzügige Freiheiten gewährt, der ohne Wenn und Aber das Existenzrecht Israels anerkennt, wäre mehr als wünschenswert. Farah Dibas (80) Wunsch, eines Tages nach Teheran zurückzukehren, wird wohl nicht mehr in Erfüllung gehen. Sollte aber der Tag kommen, an dem sich zum Beispiel zwei Jungs – wie etwa in Tel Aviv – in aller Öffentlichkeit küssen können, freue ich mich darauf, ein spannendes Land zu erkunden.



**LÉON BECK** (23) ist stellvertretender Landesvorsitzender der Jungen Liberalen NRW. Du erreichst ihn unter [leon.beck@julius-nrw.de](mailto:leon.beck@julius-nrw.de)

D E U T



Europäische Führungsmacht  
wider Willen?

S C H L A N D

„Meine Einschätzung ist [...], dass ein Land unserer Größe mit dieser Außenhandelsorientierung und damit auch Außenhandelsabhängigkeit auch wissen muss, dass im Zweifel, im Notfall auch militärischer Einsatz notwendig ist, um unsere Interessen zu wahren, zum Beispiel freie Handelswege, zum Beispiel ganze regionale Instabilitäten zu verhindern, die mit Sicherheit dann auch auf unsere Chancen zurückschlagen negativ [...]“ So der damalige Bundespräsident Horst Köhler am 22. Mai 2010 in einem Radiointerview. Was darauf folgte war ein von Medien und parlamentarischer Opposition inszenierter Spießrutenlauf, an dessen Ende anderthalb Wochen später der Rücktritt als Staatsoberhaupt stand.

Seitdem ist in dieser Richtung öffentlich nicht viel passiert im politischen Berlin. Während in Paris und London alle paar Jahre neue nationale Sicherheitsstrategien verkündet und sogar außenpolitische Ziele für ganz Europa offen ausgesprochen werden, übt sich die Bundesregierung im „ausmerkeln“. Die wenigen Formulierungen, zu denen sich Kanzlerin, Parteivorsitzende oder Kabinettsmitglieder vereinzelt hinreißen lassen, sind möglichst unkonkret und vage. Selbst im Weißbuch von 2016 wurde zwar verankert, „den freien und ungehinderten Welthandel als Grundlage unseres Wohlstands zu fördern [...]“, Regionen, die dazu von besonderem Interesse sind, bleiben jedoch gänzlich unerwähnt. Daraus könnte man schließen, dass Deutschland weltpolitisch mitsprechen will und muss. Ob Atomwaffen im Iran, Piraten vor den wichtigsten Seerouten zwischen Asien und Europa, autonome Kurden, eine befriedete Ostukraine, Ein- oder Zweistaatenlösung, die Stabilisierung Syriens – überall will der Bundesaußenminister fleißig mitmischen. Hier prallen jedoch der eigene Anspruch, als Führungsmacht in Europa aufzutreten, und die Außenwahrnehmung knallhart aufeinander.

Einerseits etwa den amerikanischen Präsidenten medienwirksam dafür zu rügen seine Truppen aus Syrien abziehen zu wollen, andererseits jedoch den Einsatz der Bundeswehr in Syrien von vornherein kategorisch auszuschließen, führt nicht zu einer gesteigerten Glaubwürdigkeit gegenüber unseren Bündnispartnern auf der anderen Seite des Atlantiks. Die Realität ist viel mehr, als dass sich das Bundeskabinett nicht auf strategische Ziele

festlegt. Werden wir über die kurdischen Gebiete in der Türkei und Irak dauerhaft einen Fuß im Mittleren Osten haben? Werden wir uns in Zentral- und Südafrika an Frankreichs Seite stärker einbringen? Inwieweit wollen wir politische Prozesse in Indien und Südostasien mitgestalten?

### ROTE LINIEN VERSUS ROTER FADEN

Nicht zuletzt schauen kleinere EU-Staaten hoffnungsvoll auf die Bundesrepublik und warten auf klare Aussagen. Etwa die Niederlande suchen insbesondere in der Verteidigungspolitik eine große Nähe zu Deutschland und stellen sogar eigene Truppen unter deutsches Kommando. Der baltische Luftraum wird zu großen Teilen durch deutsche Kampfflugzeuge geschützt. Junge EU-Mitglieder wie Kroatien, Rumänien oder Bulgarien sind noch immer stark mit inneren Reformen beschäftigt und haben kaum Ressourcen eigene fundiert ausdifferenzierte außenpolitische Positionen zu entwickeln. Wenn aber selbst große, einflussreiche EU-Gründerstaaten wie die Bundesrepublik keine sichtbaren Anstrengungen zeigen, auf diplomatischem Parkett robuster aufzutreten, weshalb sollten oder könnten das weniger finanzstarke Staaten dies tun? Auch die Gefahr, am Ende eigene Positionen aufgeben zu müssen, weil sie widersprüchlich zu deutschen Positionen sein könnten, fördert nicht den Willen kleinerer EU-Partner, hier als Vorreiter aufzutreten.

Mit dem neuen deutsch-französischen Vertrag von Aachen gibt es zugegebenermaßen einen deutlichen Schritt in die richtige Richtung. Nach Dekaden der stetigen Annäherung im sicherheitspolitischen Bereich, gemeinsamen Militäreinsätzen in Europa, Zentralasien und Afrika könnten wir hier aber sicherlich auch schon wesentlich weiter sein. Auch hier bremsen der deutsche Schlenkerkurs die Intensivierung der Beziehungen aus. Afghanistan ja, Irak nein, Mali ja, Libyen nein, Kurdistan mit EU ja, Kurdistan mit NATO nein, Iran mit EU ja, Iran mit NATO nein. Nachdem Barack Obama bereits 2012 beim Einsatz von Chemiewaffen in Syrien von einer klaren roten Linie sprach und dies vom französischen Außenminister Jean-Yves Le Drian 2018 nach einem amerikanisch-britisch-französischen Militärschlag gegen ein Chemiewaffenlager bekräftigt wurde, sucht man bei der Bundesregierung noch immer vergeblich einen roten Faden in der Außenpolitik.

In den Augen unseres engsten Verbündeten Frankreich ist somit nicht absehbar, wie wir bei einer nächsten Abstimmung im UN-Sicherheitsrat abstimmen würden. Das birgt ein großes Risiko im Falle der Umwandlung des französischen in einen französisch-deutschen Sitz. Die deutschen Ambitionen dazu werden klar formuliert. Auch Macron scheint grundsätzlich nicht abgeneigt zu sein. Ein bilaterales Weißbuch könnte ein Zwischenziel sein, wird ohne klare Ecken und Kanten aber nicht auskommen. Dazu müssen wir uns über unsere Verhandlungsgrundlage jedoch im Klaren sein.

### DIE AUFGABEN EINES POLITIKERS

Gemäß Weißbuch will Deutschland folgende Interessen durchsetzen: Schutz der Bevölkerung und Souveränität unseres Landes und unserer Verbündeter, Aufrechterhaltung des Völkerrechts, freier und ungehinderter Welthandel, Förderung des verantwortungsvollen Umgangs knapper Ressourcen, Europäische Integration und transatlantische Partnerschaft. Wieso die freien Seewege vor Somalia für Deutschland dabei wichtiger zu sein scheinen, als die vor der iranischen Küste oder weshalb Verbrechen gegen die Menschlichkeit in Afghanistan „boots on the ground“ rechtfertigen, in Syrien jedoch nicht, muss erklärt werden – für unsere Partner und insbesondere für uns selbst. Brennpunkte gibt es genug in der Welt, vermutlich mehr, als Deutschland oder Europa zeitgleich löschen kann. Deshalb brauchen wir ein Strategiepapier mit eindeutiger Schwerpunktsetzung und breiter parlamentarischer Basis.

Der deutsche Michel hat sich mit seiner Verantwortung in der Welt noch nicht ganz angefreundet. Umso größer ist die Verantwortung der Politik, dieses Thema in den Medien und entsprechenden Gremien im Sinne Walther Scheels öffentlich zu diskutieren: „Aufgabe des Politikers ist, das Richtige zu tun und es populär zu machen.“ Wenn die Regierung nicht von selbst dazu bereit ist, muss es Aufgabe der Opposition sein, dies einzufordern. Wir brauchen uns nicht für unsere Ziele schämen, wir können stolz auf sie sein.



**JENS JUNGSMANN** (26) ist als Bundeswehr-Offizier von den Auswirkungen der deutschen Außenpolitik im Zweifelsfall unmittelbar betroffen. Du erreichst ihn unter [jens.jungmann@julius.de](mailto:jens.jungmann@julius.de)

Z W I S C H E N

F E E N W E L T

U N D



Z O M B I E

A P O K A L Y P S E





## Außenpolitik als Ordnungs- und Friedensinstrument

**Die herausgehobene Bedeutung einer überlegten, vorausschauenden und proaktiven Außenpolitik steht außer Frage. Verantwortlich dafür sind insbesondere die kaum zu leugnenden, in ihrer Intensität zunehmenden, gegenwärtig fast überall wahrnehmbaren Unsicherheiten und Instabilitäten der weltpolitischen Gesamtsituation. Klar ist: Frieden ist die Grundlage für jede Form individueller Entfaltung und zunehmenden Wohlstands. Deswegen bedarf es einer umfassenden außenpolitischen Strategie. Welche Elemente aber sind entscheidend für ihren Erfolg?**

**H**andelskriege, menschenrechtsverletzende Regime, die ganze Regionen destabilisieren, Diktatoren, die unverhohlen nach Massenvernichtungswaffen streben, völkerrechtswidrige Grenzverschiebungen, kriegerische Auseinandersetzungen, Vertreibungen, Genozide, schlicht globale Problemlagen, deren Lösung von Partikularinteressen untergraben werden: Das nach dem Kalten Krieg für kurze Zeit möglich scheinende Ende der Geschichte mit einem unaufhaltsamen Siegeszug liberaler Demokratien westlicher Prägung scheint ferner denn je. Vielmehr sehen wir uns einer Renaissance nicht-kooperativer bis gewaltsamer Verstrickungen auf internationaler Ebene gegenüber.

Nicht nur Konflikte zwischen Menschen wird es immer geben. Solange Staaten existieren, wird ihr Verhältnis untereinander stets auch von Konflikten mitgeprägt sein. Die Möglichkeit, diese in den meisten Fällen mit friedlichen Mitteln zu lösen, stellt eine zivilisatorische Errungenschaft dar. Im Gegensatz zu etablierten innerstaatlichen Ordnungen existieren auf internationaler Ebene jedoch nur – meist mehr schlecht als recht funktionierende – Ansätze eines effektiven Gewaltmonopols und der Durchsetzung internationalen Rechts. So ist in wichtigen Fragen der UN-Sicherheitsrat blockiert und die UN als Institution oft schlicht handlungsunfähig. Das hat weitreichende Konsequenzen für die Grundbedingungen, die für außenpolitische Überlegungen maßgeblich sein müssen, die individuelle Freiheit, diplomatische Verständigung, gegenseitiges Vertrauen und eine friedliche Konfliktlösung konsequent in den Mittelpunkt stellen.

Erstens ist es unerlässlich, einen realistischen und faktenbasierten Blick auf die weltpolitischen Gegebenheiten und Vorgänge zu werfen. Zweitens ist festzuhalten, dass jedes politische Handeln – auch und gerade das außenpolitische – ohne normativen Kompass ziel- und damit sinnlos ist. Drittens müssen diese Erkenntnisse zu einer tragfähigen Basis für eine verantwortungsvolle und vernunftorientierte außenpolitische Praxis kombiniert werden.

### **DIE WELT, WIE SIE UNS (NICHT) GEFÄLLT**

Die Unübersichtlichkeit und Vielschichtigkeit der komplexen Zusammenhänge im Rahmen einer multipolaren Staatenwelt erschweren die Entwicklung einer stimmigen und wirksamen strategischen Ausrichtung beträchtlich. Was allerdings zweifellos festgehalten werden kann:



Die Welt ist kein pazifistischer Stuhlkreis. Die Existenz totalitärer, menschenrechtsverletzender Regime ist eine bittere, aber zunächst einmal als gegeben hinzunehmende Realität. Auch unterhalb der Schwelle zur Diktatur gibt es keinen Grund für zu viel Optimismus. Das Denken in Einflussphären und unmittelbaren machtpolitischen Vorteilen ist eine Gegebenheit, die zwangsläufig zu kalkulieren ist, wenn man sich auf internationalem Parkett bewegt. Dass ein anderer Zustand prinzipiell wünschenswert und für die Gesamtheit der Menschheit mit Sicherheit von Vorteil wäre, spielt keine Rolle. Schon weil auch auf einseitigen Situationsdefinitionen aufbauende Handlungen zwangsläufig reale Konsequenzen nach sich ziehen, können dem realistischen oder neorealistischen Paradigma folgende Staaten nicht ignoriert werden. Aus Naivität und Wunschdenken die Augen davor zu verschließen, hat passive Verantwortungslosigkeit und in der Regel Hilflosigkeit gegenüber dezidiert machtpolitischem Vorgehen zur Folge.

### VISIONEN: KEIN JOB FÜR ÄRZTE

Deshalb müssen verantwortungsvolle Außenpolitiker sich bewusst sein, dass ohne substanzielle Reaktionsmöglichkeiten kaum nennenswerte Effekte zu erzielen sein dürften, gerade wenn es um die Abwendung gewaltsamer Eskalationen und die Ermöglichung von Verhandlungslösungen geht; Verteidigungspolitik, zu der auch Auslandseinsätze und die Projektion von Eskalationsdominanz gehören, ist ein elementarer Bestandteil außenpolitischer Glaubwürdigkeit und Durchsetzungsfähigkeit.

ediglich innerhalb der festzustellenden Gegebenheiten erfolgreich zu manövrieren und zu taktieren, zieht allerdings bestenfalls eine notdürftige Verwaltung des Status quo nach sich. Nur wer keinerlei Anspruch hat, die Welt zum Besseren zu gestalten, kann sich damit zufriedengeben. Doch für Liberale sind universelle Menschenrechte, Freihandel, Frieden und das völkerrechtliche Gewaltverbot keine historischen Zufälligkeiten, sondern unverrückbare Konsequenz ihres von der Freiheit des Einzelnen ausgehenden normativen Leitbildes. Dieses Leitbild ist unerlässlich, um auf der Grundlage der jeweils vorzufindenden Lage Spielräume für Kooperation und Friedenssicherung zu erkennen und – Gesinnungs- und Verantwortungsethik zu einer Einheit verbindend – zu nutzen.

Langfristig kann – und sollte – auch auf eine Überwindung der immer noch durchaus anarchischen internationalen Beziehungen hingearbeitet werden. Dazu gehören eine Abkehr vom immer noch vorherrschenden staats- und souveränitätszentrierten Denken, aufgaben- und lösungsorientierte Vernetzungen und rechtliche Integration anstelle eines Primats klassischer Machtpolitik sowie effektive, willkürfreie Durchsetzungsmechanismen. Das Individuum, seine Autonomie und seine Rechte müssen der Fluchtpunkt aller institutionellen Arrangements sein. Solche Ziele dürfen aber keinesfalls dazu verleiten, das im Rahmen des Machbaren aktuell jeweils bestmögliche Ergebnis zu opfern.

### AUSSENPOLITIK ALS LIBERALE KERNKOMPETENZ

Die Formulierung einer kohärenten außenpolitischen Strategie, die diesen Namen auch verdient, kann nur gelingen, wenn sowohl weltpolitische Realitäten anerkannt und angemessen berücksichtigt werden als auch normative Erwägungen vorhanden sind, die überhaupt eine Richtung vorgeben. Theoretisch impliziert dies ein gleichzeitiges Denken in Gegebenheiten und Alternativen, der Antizipation möglicher Entwicklungen, die vergleichend bewertet werden können. Praktisch ist die Entwicklung einer außenpolitischen Doktrin für die Bundesrepublik erforderlich, um eine verlässliche Akteurin und Partnerin in der Staatengemeinschaft und eben nicht als Getriebene und Reagierende ein Opfer von Naivität und Orientierungslosigkeit zu sein. Lange Zeit galten verantwortungsvolles und vernunftorientiertes außenpolitisches Denken und Handeln als zentrale liberale Kernkompetenzen. Uns bleibt nichts übrig, als die Welt so zu sehen wie sie ist, ohne unser berechtigtes normatives Leitbild und den aus diesem resultierenden Gestaltungsanspruch aufzugeben. Wenn wir entlang dieses Koordinatensystems unsere praktischen Ziele formulieren und ihre Umsetzung wagen, können wir sie wieder zu einem unverwechselbaren Markenzeichen liberaler Politik machen.



**DANIEL STEINER** (34) promoviert an der Uni Bielefeld zur verfassungs- und völkerrechtlichen Zulässigkeit militärischer Terrorismusbekämpfung und studiert dort Soziologie und Politikwissenschaft. Er ist Bezirksvorsitzender der JuLis Ostwestfalen-Lippe und Landesvorsitzender der LHG NRW. Du erreichst ihn unter [daniel.steiner@julius.de](mailto:daniel.steiner@julius.de)

Keynotes?

**Da.**

V8?

**Da.**

Zukunft?

**Da.**

Tuning?

**Da.**Welt-  
premierer?**Da.**

E-Mobility?

**Da.**Robo-  
autos?**Da.**Virtual  
Reality?**Da.**Motor-  
legenden?**Da.**Quer-  
denker?**Da.**Emo-  
tionen?**Da.**

Testfahrt?

**Da.**Leiden-  
schaft?**Da.**

Adrenalin?

**Da.**Net-  
working?**Da.**


Jetzt  
Tickets sichern  
auf [iaa.de](http://iaa.de)

#IAA19

**Da treffen Pferdestärken auf Elektromobilität**

Sehen, fühlen, offroad fahren: Erleben Sie elektrisierende Momente auf der IAA 2019. Vom Supersportwagen über Oldtimer bis zum E-Bike und zum Elektro-SUV, von globalen Playern der Automobilindustrie bis zu aufstrebenden Start-ups ist alles DA, was Mobilität in Zukunft bewegt.

**IAA**» Driving  
tomorrow12. – 22. September  
Frankfurt am Main

T H E

EU-MERCOSUR

D E A L

## Why it is so important for Free Trade?

**When you think about free trade: what is the first thing that comes to your mind? Is it the recent news on trade wars or the liberal idea of free trade policy? What do you picture: A world of protectionism, no trade barriers at all, or pure confusion?**

If you do not have a clear answer to that, you feel pretty much the same as I do. The media is full of news on free trade. You find many articles about President Trump's policies which are used to set his political opponents under pressure, as well as announcements about recent trade deals that are successfully negotiated all over the world. It seems to be a big game. Many small Davids against a very moody Goliath. A game which is played quite openly without any tendency as to who is winning.

### WHAT THE MERCOSUR DEAL IS ABOUT

This, however, is merely the present mood. The EU-Mercosur deal is about much more: In mid-1999, the European Union started negotiations with the Mercosur states (Argentina, Paraguay, Uruguay and Brazil) in order to July create one of the world's largest free trade areas. 20 years later, the talks about this deal were finally finished. On June 28<sup>th</sup>, the Argentinian Minister of Foreign Affairs was obviously relieved when he proudly announced: "President, I congratulate you." Also, Jean-Claude Juncker, the Euro-

pean Commission president, called it a "truly historic moment". To understand why this is such an important agreement you have to take a more detailed look at the deal.

Affecting close to 800 million people, the EU-Mercosur deal also covers almost a quarter of the world's GDP. Southern American economies are highly dependable on agricultural goods - Europe is a popular producer of highly sophisticated machinery, car parts and chemicals. All of these goods had tariffs up to 35 percent imposed upon them. This did not just make trade between the affected countries very expensive, but also prevented innovation and exchange. Apart of physical goods, the agreement also includes a vast range of services and the access to public procurement contracts. Counting the tariffs and trade barriers that will now continuously be abolished due to the new trade deal, it is the largest trade agreement the European Union ever negotiated.

### THE IDEA BEHIND FREE TRADE

With such an economic importance, it certainly acts as a counterbalance against Mr. Trump's trade policies. This is not just a significant sign towards global trade but also a huge commitment to the very fundamental idea of free trade. The American strategy might show short term wins. But it is as volatile and uncertain as the president's tweets when he eats his morning cereal. Uncertainty is never a good prerequisite for long term economic success: no matter in which industry you are doing business, if you can only think from one day to the next, you will never accomplish sustainable growth.

Just a single deal will certainly not change the world's (or the president's) perspective on free trade. And although it covers more than 10 percent of the world's population, it is just a small part of a far larger puzzle. But what we can do, is to patiently put many small parts together to create the big picture of free trade. With all its flaws and benefits, this still the best way to go. In the end, many small Davids may defeat the moody Goliath.

---

**MICHEL NENTWIG** is the Programme Manager for IFLRY's Free Trade Programme. He studies Banking and Finance in Düsseldorf and is employed in a large European bank. When he is not philosophizing about free trade, he likes to travel and to read. You can contact him via [nentwig@julis.de](mailto:nentwig@julis.de)

Recent events in Russia hint at an opportunity for a new political reality in the country. The release of investigative journalist Ivan Golunov a few weeks ago followed unprecedented though still somewhat small-scale protests. This sends a clear message to agents of change in Russia: nonviolent protest pays off – even in Russia.

Investigative journalist Ivan Golunov was set to be one of the 100.000 people imprisoned annually in Russia for drug-related charges. Police had allegedly found illegal drugs at his home and on his person and suspected an intent to distribute. Although this accusation was already suspicious (as the drugs could have been planted), subsequent events revealed just how unlikely these charges were. Golunov was rejected access to an attorney for nearly a day, beaten in custody, and initially not allowed to provide samples of his fingernails for forensic analysis to establish that his hands had not been in contact with narcotics. The police distributed photographs supposedly taken in Golunov's apartment showing what appear to be illegal substances and drug paraphernalia. However, it later was revealed that all but one of these photos were not in fact taken at the apartment. These photos were then quickly deleted – the official announcement of the Ministry of Internal Affairs now just reads “*this news is cancelled.*”

Prior to his arrest, Golunov had published *articles on sensitive topics* mostly relating to corruption. His investigations at independent online newspaper Meduza include a story on a Deputy Mayor of Moscow whose family business was performing auspiciously due to government contracts, a \$20 million fountain restoration, and the role of corruption and organized crime in the funeral industry. The controversial nature of reporting on corruption in Russia, where every year several journalists die under mysterious circumstances, led many to believe that the charges on Golunov were politically motivated. The police's blatant mishandling of the case further contributed to this perception.

Over the next days a massive impromptu campaign was launched, spearheaded by Golunov's current employer Meduza. An uncommonly broad coalition of media and political organizations rallied against the journalist's arrest. Three major business-oriented newspapers simultaneously printed ‘I am/We are Ivan Golunov’ on their front page as SPIEF, the largest Russian business event of the year, was ongoing. Such solidarity between media is new in Russia. The outpouring of support in Russian media got so overwhelmingly strong that even on the main state television channel Golunov's case was shown before the usual item on the daily activities of the Russian President. On the street protestors gathered to form queues so that they could hold a sign for a one-man picket. This way of protest is the only form that is not strictly regulated under Russian law.

The unprecedented protest in media and on the street brought an unprecedented result. Initially, Golunov was granted the privilege of a house arrest. This was already deemed a victory by less hopeful commentators. Five days into his arrest Golunov was cleared of all charges due to a lack of evidence. Additionally, Chechen human rights activist Oyub Titiev, who had been imprisoned on similar charges, was released on parole. Titiev had been prosecuted a year before despite similar but smaller protests. While these releases were cause for celebration, the case has wider implications. The law under which Golunov was arrested will

likely remain, although a working group in the Russian parliament announced that it would consider softening other narcotics laws. As such, activists continue to seek changes in the system that led to this arrest. There is less clemency from the government for those that seek to change the draconic system under which 100.000 are imprisoned every year, however. A day after Golunov was released a protest was held in Moscow where over 500 participants were detained. This is, however, almost business as usual in Russia, where prior approval from the state is mandatory for each public political gathering of more than 1 protestor. Large changes due to such protests still appear off-limits.

Though very limited in scope, the campaign for Golunov's release did have a nearly immediate effect on an obvious injustice. Over the longer term the campaign may have inspired many to rethink their relation to the state. Golunov was not an activist nor an openly political character. In most countries, investigating corruption would hardly be considered a political act. People have seen how the life of such a person may be destroyed anyway. Over time, this may feed into a further distrust of the Russian political and legal system. The case may thus boost further activism in Russia and should embolden those that believe that the causes they struggle for are broadly shared. Even if such campaigns have only small direct effects on state policy, this opportunity for piecemeal improvement sparks hope that Russian liberal democrats and human rights defenders can find new, innovative, ways to put pressure on a government that has long been left unchecked.

---

**DAMIËN STORIMANS** is researching interactions between the government and youth movements in Russia for his MA in Russian and Eurasian Studies at Leiden University. Besides this, he is one of the Program Managers at the IFLRY Belarus & Ukraine program, a board member at D66 International Cooperation, and he is preparing for an MSc in Econometrics. You can contact him on Twitter @DamienStorimans



T

H

E

C

A

S

E

O

Protest in Russia

F



I

V

A

N

G

O

L

U

N

O

V

T I A N ' I

A N M E N

China's huge blood stain that should never be erased from history



M A S S

A C R E

Thirty years ago, hundreds of thousands of students and workers shed their blood in one of the most gruesome massacres in history. Hundreds of thousands of deaths – deaths that became a symbol of a beginning. The beginning of China's loud cry for democracy.



Communist Party leader Deng Xiaoping introduced China to a new economic era, an era that started to welcome the outside world to China. It could have been a promising liberalization of China, but political reform was not moving forward at the same pace as its economic advancement. China was still struggling with corruption, a repressed media and suppressed freedom of speech. There was still a huge gap between their social classes – poverty was still evidently present. Authoritarianism was still reigning; democracy was still out of reach.

It was April of 1989 when students began demanding a democratic government through protesting at the Tiananmen Square. The students were later joined by workers and the general public. It was estimated that the number of protesters from different sectors of society grew to more than a million – capturing not only the attention of the Communist Party but also the international community.

Then June 4<sup>th</sup> happened – the darkest day of the six weeks and six days protest. It was the day Deng Xiaoping ordered soldiers to clear the Tiananmen Square – *no matter what*. Chinese soldiers and police stormed the Square in military vehicles and tanks. The troops mercilessly opened fire on the crowd and crushed them by tanks – wounding and killing a handful of unarmed civilians every second. Great confusion and disbelief arose as the crowd realized that their own army, the very same military force that was supposed to protect them are firing wildly at them. It was a very long night of screaming, gun shots and explosions.

A heavy amount of blood was spilled, thousands of young lives were brutally taken. The scene was inhumane and pure evil. It was re-

ported through a secret diplomatic cable from then British ambassador to China, that 10,000 people were killed during the Chinese army crackdown. This figure is absurdly far from the “200 civilians and several dozen security personnel” deaths reported by the Chinese government.

China never stopped lying and even trying to hide all traces of this gruesome piece of history. Up to this day, the Tiananmen Massacre is one of China's most censored topic – banning and blocking all mentions of the event through its “Great Firewall”. China is continuously denying the truth, slaughtering history and blinding its people especially its youth. This is one of the main reasons why I take it as a personal responsibility to speak about the Tiananmen Massacre.

Personally, June 4<sup>th</sup> is my enlightenment. It is my very early political enlightenment – a call for my life long mission to always seek justice. Seeing how the massacre was distorted, denied and covered by lies reminds me of the importance of conscience to humanity – to our society and to the basis of our being. It takes courage to keep commemorating the massacre and requesting a solemn vindication, especially under a dictatorship and an increasingly authoritarian regime.

Knowing that Hong Kong is the only place in China that still has the freedom to talk about this piece of history makes me understand that it is a huge responsibility not only for the sake of Hong Kong but China as a whole. We have to deal with the past in order to face the future. If we cannot admit the wrong decisions we made in history, we will never move forward – democracy and genuine freedom will never come.

If we do not ask for the truth, the vindication, no one else ever will. If we do not continue to pass on the truth to our next generation, June 4<sup>th</sup> will forever be lost in history.

The blood that was shed for democracy on June 4<sup>th</sup> should never be forgotten because its vindication is the only key that would give chance to democracy. June 4<sup>th</sup>'s vindication, if it will ever happen, is the opening of the gate to a possible democracy in China and Hong Kong.

---

**TED HUI CHI-FUNG** is one of the youngest legislators in Hong Kong, representing the Democratic Party. He mainly focuses on environment, education and family-friendly policies. Ted highly believes in the power of the youth in influencing and creating positive change.



# INTERNATIONALES KOMITEE

New!

In der letzten Ausgabe haben wir das Internationale Komitee ausgeschrieben. Wir haben uns sehr gefreut, dass sich 62 JuLis beworben haben. Du findest nachfolgend das neue Internationale Komitee. Wenn Du in einer Region mitarbeiten möchtest, dann melde Dich gern beim jeweiligen Leiter oder bei der jeweiligen Leiterin.



SUBSAHARA-AFRIKA

**JANNIK REISBERG**



**BERUF**

Luftfahrtingenieur

**WOHNORT**

(derzeit) Aachen

**MEINE WELTREGION BEGEISTERT MICH, WEIL...**

ich im Zuge von mehreren Reisen nach Afrika, zuletzt im Rahmen von meiner 14-monatigen Weltreise mit der Region Subsahara-Afrika immer wieder in Kontakt kam und aufgrund der dort vorherrschenden, unfassbar großen Armut und Perspektivlosigkeit nicht nur menschlich an meine Grenzen gekommen bin. In besonderer Erinnerung an die Region bleiben die vielen herzlichen Begegnungen mit Einheimischen, ihre unglaublich große Gastfreundschaft, ihr stetiger Optimismus und die hervorragenden Kochkünste der Region.

**MEINE LIEBLINGSSERIE**

der Klassiker: *House of Cards*, Staffel 1-5

**MEIN LIEBLINGSBUCH**

*Gefühlsachterbahn*, mein erstes, eigenes Buch über die Erlebnisse während meiner Weltreise

**MEIN LIEBLINGSREISELAND**

die bunte Welt

**KONTAKT**

Facebook: Jannik Reisberg  
Instagram: @jannik\_reisb



OSTEUROPA / RUSSLAND

**LENNART JÜRGENSEN**



**BERUF**

Student (Master Osteuropastudien, FU Berlin)

**WOHNORT**

Berlin (momentan Kyjiw)

**MEINE WELTREGION BEGEISTERT MICH, WEIL...**

sie so nah und oft doch so fern ist.

**MEINE LIEBLINGSSERIE**

Breaking Bad

**MEIN LIEBLINGSBUCH**

Hundeherz – Michail Bulgakow

**MEIN LIEBLINGSREISELAND**

Ukraine

**KONTAKT**

E-Mail: [lennartjuergensen@gmx.net](mailto:lennartjuergensen@gmx.net)



ASIEN / OZEANIEN

**LEONARD SCHARF**



**BERUF**

Softwareentwickler

**WOHNORT**

Berlin

**MEINE WELTREGION BEGEISTERT MICH, WEIL...**

hier Tradition und Fortschritt keine Gegensätze darstellen, sondern Antriebsfeder für ganze Gesellschaften sind.

**MEINE LIEBLINGSSERIE**

*Black Mirror*

**MEIN LIEBLINGSBUCH**

*Der Medicus*

**MEIN LIEBLINGSREISELAND**

Indonesien

**KONTAKT**

Instagram/Wire/Twitter: @rl\_scharf



SÜDAMERIKA

## PHILIPP BERNER



### BERUF

Medieninformatik-Student

### WOHNORT

Stuttgart

### MEINE WELTREGION BEGEISTERT MICH, WEIL...

Südamerikaner die coolsten und lustigsten Leute der Welt sind.

### MEINE LIEBLINGSERIE

*Regular Show*

### MEIN LIEBLINGSBUCH

*Oi, Brasil!*

### MEIN LIEBLINGSREISELAND

jedes Land, in dem ich noch nicht war

### KONTAKT

E-Mail: [berner@julis.de](mailto:berner@julis.de)

Facebook: [philipp.berner.98](https://www.facebook.com/philipp.berner.98)

Instagram: [@philipp.berner](https://www.instagram.com/philipp.berner)



NAHER OSTEN / MENA

## JULIAN BARAZI



### BERUF

Staatsschuldenanalyst

### WOHNORT

Tübingen

### MEINE WELTREGION BEGEISTERT MICH, WEIL...

es die Region ist die am veränderungsreichsten ist und meine Wurzeln in ihr liegen.

### MEINE LIEBLINGSERIE

*Verräter*

### MEIN LIEBLINGSBUCH

*Why Nations fail*

### MEIN LIEBLINGSREISELAND

Georgien

### KONTAKT

E-Mail: [julian.barazi@sciencespo.fr](mailto:julian.barazi@sciencespo.fr)



NORDAMERIKA

## SVENJA DÖRFLINGER



### BERUF

Masterstudium der Kulturanthropologie

### WOHNORT

Berlin

### MEINE WELTREGION BEGEISTERT MICH, WEIL...

Wir viele liberale Grundwerte teilen aber die transatlantischen Beziehungen zunehmend vor neue Herausforderungen gestellt werden, weshalb wir den demokratischen Dialog, insbesondere mit jungen Menschen, weiter stärken und intensivieren sollten.

### MEINE LIEBLINGSERIE

*Borgen*

### MEIN LIEBLINGSBUCH

*Becoming* von Michelle Obama

### MEIN LIEBLINGSREISELAND

USA und Skandinavien

### KONTAKT

Email: [svenja.doerflinger@gmx.de](mailto:svenja.doerflinger@gmx.de)

Facebook: [Svenja Dörflinger](https://www.facebook.com/SvenjaDorflinger)

Instagram: [@Svenja.doe](https://www.instagram.com/@Svenja.doe)



WESTEUROPA

## JULIUS GRAACK



### BERUF

Student

### WOHNORT

Göttingen (ab Januar: Rennes, Frankreich)

### MEINE WELTREGION BEGEISTERT MICH, WEIL...

ich überzeugter europäischer Föderalist bin und mich die verbindende Vielfalt der europäischen Kultur fasziniert – gilt übrigens nicht nur für Westeuropa! ;)

### MEINE LIEBLINGSERIE

*Borgen* – Das dänische House of Cards mit weniger Hollywood und mehr Europabezug.

### MEIN LIEBLINGSBUCH

*Die Mitte der Welt* von Andreas Steinhöfel – genial geschriebener Coming-of-age Roman mit versteckten Bezügen zur antiken Mythologie

### MEIN LIEBLINGSREISELAND

Griechenland – eine Geschichte und Kultur, die es einfach nicht zweimal gibt

### KONTAKT

E-Mail: [graack@julis.de](mailto:graack@julis.de)

Facebook/Instagram: [@julius.graack](https://www.instagram.com/@julius.graack)



Solltest Du grundsätzliche Fragen oder Anregungen zur internationalen Arbeit haben, schreib gerne eine E-Mail an [brandmann@julis.de](mailto:brandmann@julis.de). Ich freue mich auf den Kontakt!

Dieses Magazin wird gefördert vom



Bundesministerium  
für Familie, Senioren, Frauen  
und Jugend

### Impressum

jung + liberal ist das MitgliederMagazin des Bundesverbandes der Jungen Liberalen. Es erscheint viermal jährlich. Zu beziehen ist jung + liberal per Abonnement. Mitglieder der Jungen Liberalen erhalten das Magazin automatisch im Rahmen ihrer Mitgliedschaft. jung + liberal wird gefördert aus Mitteln des Bundesministeriums für Familien, Senioren, Frauen und Jugend (BMFSFJ).

### Herausgeber:

Bundesverband Junge Liberale e. V.

Reinhardtstraße 14, 10117 Berlin

Telefon: (030) 680 78 55-0

Telefax: (030) 680 78 55-22

E-Mail: [info@julis.de](mailto:info@julis.de)

### Chefredaktion (V.i.S.d.P.):

Anna Neumann ([neumann@julis.de](mailto:neumann@julis.de))

### Autoren:

Léon Beck, Ted Hui Chi-fung, Johanna von Criegern, Jens Jungmann, Siri Leitzgen, Michel Nentwig, Alice Schmidt, Daniel Steiner, Damiën Storimans.

Auflage: 12.500 Exemplare

Gestaltung: Himmel & Jord, Berlin

Mit dem Namen des Autors versehene Beiträge geben nicht unbedingt die Meinung der Redaktion wieder. Nachdruck mit Quellenangabe erwünscht. Belegexemplar erbeten. Für unverlangt eingesandte Fotos und Manuskripte übernehmen wir keine Haftung

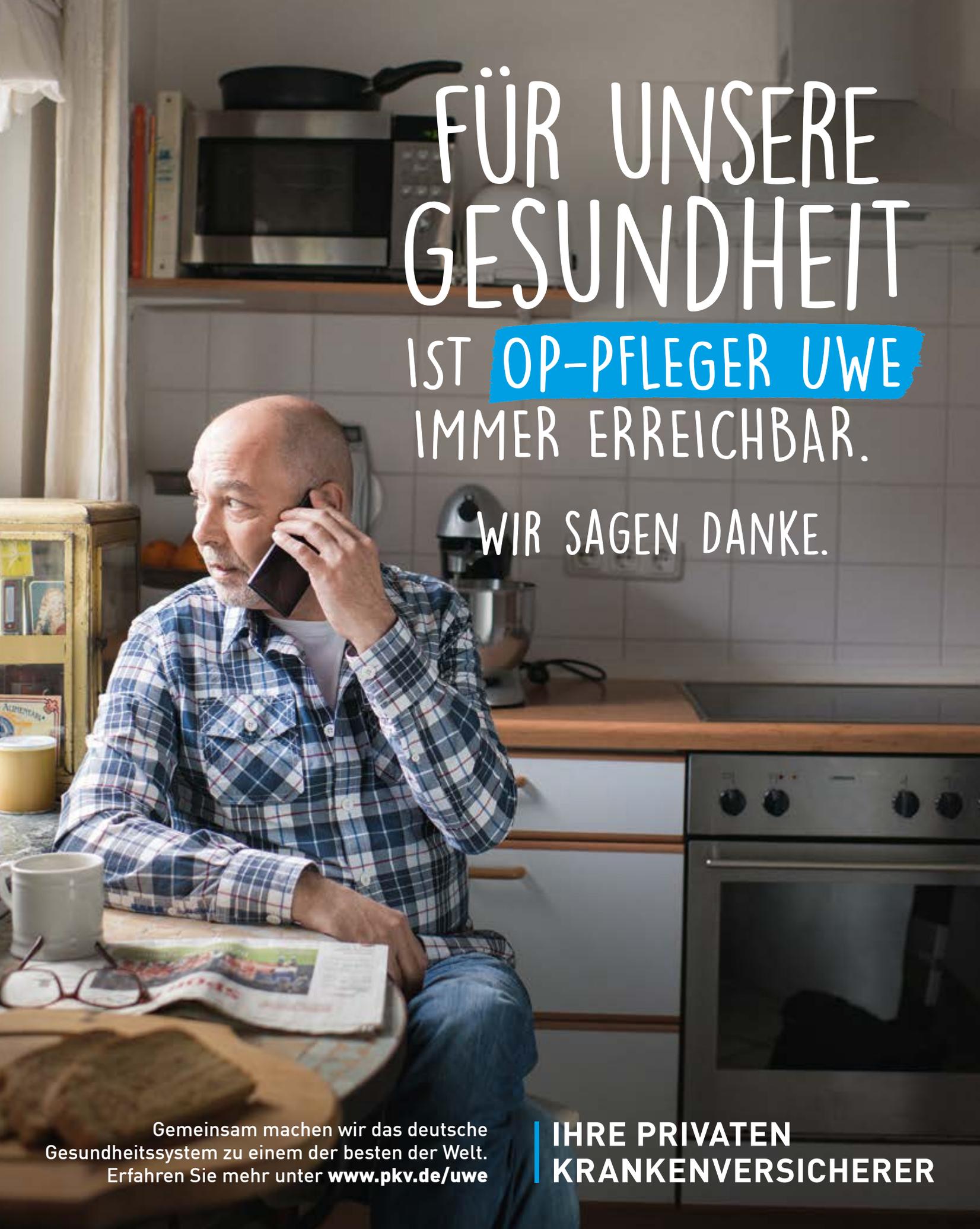
Bei Fragen zur Ausgabe, für eine Aufnahme in den Autorenverteiler, bezüglich Leserbriefe und Blattkritik bitte einfach eine E-Mail an [neumann@julis.de](mailto:neumann@julis.de) schicken.

### Bildnachweise

© Julis/privat sowie Himmel & Jord GmbH, Berlin  
Illustrationen sind teilweise mithilfe lizenzfreien Materials erstellt und werden nicht gesondert ausgewiesen.  
S.6: chuttersnap on unsplash  
S.19 unten: Evgeny Feldman



# julis.de

A man with a beard, wearing a blue and white plaid shirt, is sitting at a table in a kitchen. He is holding a black mobile phone to his ear and talking. On the table in front of him is a white mug, a pair of glasses, and an open newspaper. The kitchen background includes a wooden countertop, a stainless steel oven, a microwave, and a tiled wall.

FÜR UNSERE  
GESUNDHEIT

IST **OP-PFLEGER UWE**  
IMMER ERREICHBAR.

WIR SAGEN DANKE.

Gemeinsam machen wir das deutsche  
Gesundheitssystem zu einem der besten der Welt.  
Erfahren Sie mehr unter [www.pkv.de/uwe](http://www.pkv.de/uwe)

**IHRE PRIVATEN  
KRANKENVERSICHERER**